

Erstherausgeber
nachlässig mit dem Namen
der Partei und Vertriebsort.

Verlagsort
Halle (Saale), Frei im Jahre
nach der Zeit nachmittags
100 Mark zum Vertriebsort.

„Die Neue Welt“
(Anteilhaberschaftsorgan),
monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
Halle (Saale), Hauptstraße 100
Herrn Dr. W. G. W. W. W. W.
Herrn Dr. W. G. W. W. W.
Herrn Dr. W. G. W. W. W.



Anpreisung
Für die Partei
müssen im Jahre 1913 die
nachfolgenden Beiträge
eingesandt werden:

Hauptbeiträge:
Halle (Saale), Hauptstraße 100
Herrn Dr. W. G. W. W. W.
Herrn Dr. W. G. W. W. W.
Herrn Dr. W. G. W. W. W.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Heer und „innerer Feind“

Beim Kampfe um die neue Heeresverfassung, so schreibt das Landwörterbuch, hat die Sozialdemokratie große Erfolge errungen. Zunächst hat sich die Regierung durch den Druck der sozialdemokratischen Agitation und mit Rücksicht auf die Stärke der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion genötigt gesehen, die Kosten der neuen Uniformen im wesentlichen den bestehenden Klassen aufzuerlegen. Dieser Erfolg, dessen volle Wirkungen sich erst nach Einführung der neuen Vorschriften zeigen werden, führt eine neue Welle für die parlamentarische Aktion der Sozialdemokratie, von der aus neue Erfolge zu erreichen waren und noch zu erreichen sein werden. Der nächste war, daß der Kriegsmilitarismus vollständig in die Defensive getrieben wurde, aus der er, trotz mancher „lächerlichen“ Ausfälle, auch nicht so leicht wieder herauskommen wird. Wenn man das Auftreten der Herren von Staff, von Scheidemann und des Herrn von Gumbert mit dem des Herrn v. Heeringen vergleicht, kommt man leicht zu dieser Überzeugung. Nicht als ob Herr v. Heeringen nicht das Zeug hätte, es seinen Vorgängern gleichzutun. Aber die Situation hat sich geändert. Die Volkstimmung gegen den unerfülllichen Militarismus ist eine so mächtige geworden, daß seine Vertreter eine immer schweigeren Stand haben, wenn sie seine Anforderungen begründen wollen.

Der Druck dieser Volkstimmung war es denn auch, der Herrn v. Heeringen veranlaßte, den reaktionären und volksfeindlichen Geist des Militarismus als möglichst harmlos hinzustellen, ja förmlich zu entschuldigen. Er hat sogar in feinstem Maße versucht, die Armeebefähigung sich nur „geringfügig“ über das Maß hinaus zu erhöhen, und zum bewaffneten Einmarsch des Militärs sei es nur selten gekommen. Das letztere ist objektiv richtig. Aber wenn derartige Dinge in Deutschland vertrieben worden sind, so ist das nicht, wie es nach Herrn v. Heeringen scheinen könnte, das Verdienst der Militärbehörde und ihrer lebenswichtigen Hilfskräfte. Nein, dem Militarismus wurden Bügel angelegt durch die feste Haltung und durch die Weissenheit der Sozialdemokratie und der Massenbewegten Arbeiter überhaupt. Ohne dies wäre es im Deutschland sicherlich zu Wechsellagen gekommen. Sollte doch selbst ein so lässig überlegender Staatsmann wie der Reichstagspräsident v. Gumbert in sein Amt getreten in der ausgeprägten Erwartung, daß es zu „Stößen“ kommen werde. Der Mann war bald eines anderen belehrt.

Man verlange sich in den letzten Wismars zurück. Dieser Staatsmann aus der alten Prekäre nährer Schule hätte geglaubt, in der historischen Puppentheater seines Vorbildes das geeignete Mittel gefunden zu haben, mit dem er die verhasste Sozialdemokratie niederzujammern könne. Er benutzte die 1878 festgesetzten Äußerungen gegen den alten Kaiser Wilhelm zu einer verlogenen Rede gegen die Sozialdemokratie, machte damit das ganze Spielbürger- und Mittelstand (sogar) und erreichte das Sozialziel, sich mit dem wie mit einem ungeheuren Knäuel drein schlingend. Durch die unerschütterlichen Widerstande wollte er die Sozialdemokratie zur Verzweiflung bringen und hoffte, sie schließlich auf die Straße zu treiben. Wenn dann Barricaden gebaut wurden, so wollte er die Empörung mit der ganzen Macht der preussischen Heeresmacht niederstampfen und die sozialistische Bewegung auf absehbare Zeit hinaus im Blut erstickten.

Die lebenden Geister der Sozialdemokratie durchschauten diesen infernalischen Plan sogleich. Der damalige Wortführer während der letzten Zeit seines Bestandes tat sich die Mühe an der Seite. „Sachlich man will schreien!“ Und die sozialistischen Arbeiter hatten auch. Keine Provokation konnte sie zur Furchterregung bringen, die zum Verabschieden der Bewegung werden konnte. Sie trugen den Widerstand ebenso zäh wie den Kopfstein, und sie trübten auch der sozialistischen Kampfkraft der Regierung, wodurch sie Wismar dort noch mehr reizten. In dieser, aber, unermüdlichen Arbeit näherten sie das heilige Feuer der sozialistischen Prinzipien und drücken es, soviel, daß sich die Wirkungen des Sozialistengesetzes gegen seinen Urheber selbst wenden. Noch in seinem Stütze tritt er nach der Idee eines Staatsrechtes gegen das allgemeine Wahrecht, wobei er vor einem blutigen nicht zurückweichen. Aber er greift in die leere Luft und stirbt.

Wenn dieser grimmige Volkstribun in Kreise seiner Geistes den Platz einer großen Rede abwechselnd, wie mögen die Tugenden so manchen „Helden“ geleistet haben, der glaube, an der „Annulla“ seine Spuren verzeichnen zu können! Solcher Helden gibt es auch heute noch genug. Und das gefahrungsvolle Unternehmen, von welchem die Arme abtrat, würde durch das Verbot der Waffen und die Verbot der Waffen und die Verbot der Waffen...

Der „Schmerz“ des Herrn v. Heeringen, daß in unserer Zeit für „aufrührerische Bewegungen“ die Feuerprüfung genüge, stimmt also durchaus nicht mit den wirklichen Verhältnissen. Auch sein Vorgänger von Staff, von Scheidemann, auf den er sich berief, hatte gefolgt, es werde bei solchen Dingen „nicht immer mit nassem Silberbüchsen abgehen“.

Man sagt, die Revolutionen alten Stils mit ihren Barricadenkämpfen seien vorüber. In der Tat stellt die soziale Bewegung der modernen Kulturstaaten etwas weit Umfassenderes dar, als jene Bewegungen der Vergangenheit. Der revolutionäre Inhalt der modernen sozialen Bewegung geht weit über alles Reichliche hinaus; er fordert die Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft, während die früheren Umwälzungen immer nur eine neue Klassenherrschaft zulage gefördert haben.

Diese größte Veränderung der Weltgeschichte, die sich im Werden befindet, vollzieht sich im wesentlichen durch sozialökonomische Faktoren; welche Form die letzten Uebergänge annehmen werden, bleibt der Zukunft vorbehalten. Aber so wenig dieser Gang der Dinge durch Zufälle bestimmt wird, so wenig kann der Militarismus ihn fassen. Nachdem die Arme der Barricaden vorüber, ist auch die Welle des Militarismus als Bewegter revolutionärer Bewegungen zu Ende. Es war vielleicht eine dunkle Ahnung dieser Tatsache, welche dem Kriegsmilitarismus so hersehimmelt hat.

Reicht noch die Rolle des Erziehers der Jugend zur Militärförderung fürs ganze Leben in der Zukunft. Nun, vor dieser Tätigkeit brauchen wir uns nicht im geringsten zu fürchten. Die ungeheure Ausbreitung der sozialistischen Bewegung und ihr schneller stetiger Aufstieg beweisen, wie wenig die Kaserne die Schranken zu ziehen vermag.

Dieses Jahrhundert gehört eben dem Sozialismus, wenn auch Scheinbar der Militarismus triumphiert. Diese Tatsache wird den herrschenden Klassen von Tag zu Tag von der unerbittlichen Logik unserer ganzen Weltentwicklung eingeholt werden.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 24. Juni 1913.

Die zweite Lesung des Wehrbeitrags.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Montag vormittag die zweite Lesung des Wehrbeitrags fort. Bei der ersten Lesung ist bekanntlich mit Hilfe der Nationalliberalen beschlossen worden, bei Vermögen, die in landwirtschaftlichen Grundbesitz einbezogen sind, das Zwanzigfache des Ertragswertes in Anrechnung zu bringen, statt dem Doppelten, wie es die Regierungsvorlage forderte. Am Montag beantragten nun die Nationalliberalen, den in der Vorlage enthaltenen Satz nieder herzusetzen und weiter: „In allen Fällen kann der Beitragspflichtige verlangen, daß für den Ertragswert der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird. Dieses Recht erlischt, wenn es nicht spätestens bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung des Veranlagungsbescheides geltend gemacht wird.“ Die Volkspartei beantragte: „Bei der Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen sowie der Wohn- und gewerblichen Grundbesitze gleichgestellt werden neben dem Ertragswert der Verkaufswert und die Markt- oder Mietpreise zu berücksichtigen, welche sich für Grundbesitz gleicher Art nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermitteln lassen.“ Die Nationalliberalen begründeten ihren Antrag damit, daß die Herabsetzung des Satzes auf den Zwanzigfachen einen Anstieg von 30 Millionen ergeben würde. Offenbar hat aber die allgemeine Zustimmung, die infolge der ständischen Begründung des Grundbesitzes entstanden ist, die Nationalliberalen zur Erkenntnis gebracht, daß ihre Liebesdienste für die Agrarier ihnen die Sympathien der badischen Bevölkerung rauben werde. Nach einem Antrage von Herrn v. Heeringen wurde die Schärferstellung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes gleichgestellt werden. Namens der Sozialdemokraten forderte Herr v. Heeringen, daß bei der ersten Lesung, daß die Grundbesitze aller Art nur nach dem gemeinen Wert, nicht aber nach dem Ertragswert veranlagt werden. Wird diese Forderung abgelehnt, werden die Sozialdemokraten für den nationalliberalen Antrag stimmen, um einer allzu hohen Veranlagung der Agrarier vorzubeugen.

Nach langer Debatte wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums wird das Zwanzigfache des Ertragswertes wieder beseitigt, der Antrag der Volkspartei wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialisten abgelehnt; der Antrag des Reichstagspräsidenten angenommen, endlich wird der zweite Antrag der Nationalliberalen etwas verändert gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert gefordert haben, für den sich aber eine Mehrheit nicht fand, angenommen.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung darüber ein, wie das Einkommen zum Wehrbeitrag herangezogen werden soll. In der ersten Lesung ist beschlossen worden, das Einkommen zu kapitalisieren und so von einer bestimmten Höhe an oder auch neben dem Vermögen zum Beitrag heranzuziehen. Zur zweiten Lesung sind vom Reichstagspräsidenten v. Gumbert, offenbar im Einverständnis mit seinen konservativen Parteifreunden, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Regierung ein Antrag ausgearbeitet worden, die die Kapitalisierung des Einkommens besetzungslos zu stellen, das Einkommen überaus zum Beitrag heranzuziehen wollen. Graf Helldorf beantragt: Die Abgabe vom Einkommen betrage bei einem Einkommen bis zu 10000 Mk. 1 v. H., steigend bis bei 50000 Mk. auf 2 v. H. Nach Berechnungen der Regierung würde diese neue Staffelung einen Betrag von ungefähr 20 Millionen Mk. ergeben. Die

Sozialdemokraten beantragten das Folgende: Die Abgabe vom Einkommen betrage bei einem Einkommen von 5-10000 Mk. 1 vom Hundert, von den nachfolgenden Einnahmen ob. vollen 10000 „ 8 „ „ „ „ 50000 „ 6 „ „ „ „ 100000 „ 9 „ „ „ „ 500000 „ 12 „ „ „ „ 1000000 „ 15 „ „ „ „

Genosse Wurm erklärte, der Kompromißantrag unter dem Namen Helldorf sei die schlechteste der drei in dem Entwurf. Härter als nach den Beschlüssen der ersten Lesung werden die großen Einkommen sehr gekürzt. Das könnten die Sozialdemokraten nicht mitmachen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, der Antrag Helldorf (Kompromißantrag) gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Schließlich wurde die Bestimmung der folgenden Wehrbeitrag: „Als festgesetzt wird angenommen der Wehrbeitrag der Einkommensteuer, in welcher der Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt ist oder ohne Veranlagung der persönlichen Verhältnisse zu veranlagung gezwungen wird.“

Weiter wurde beschlossen, die Verpflichtung zur Veranlagungserklärung bei 200000 Mk. beginnen zu lassen. Abgegeben wurde die Bestimmung, daß gegen einen Beitragspflichtigen, der weislichlich unter der Leitung der Gemeinde, neben Geld- und Gefängnisstrafen auch auf Verurteilung der bürgerlichen Ehre erkannt werden kann. Dagegen wurde beschlossen, daß die Steuerbehörde der Staatsanwaltschaft die Akten zu übergeben hat, falls der Verdacht der böswilligen Steuerhinterziehung besteht.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, einen ewigen Wehrbeitrag beim Wehrbeitrag für die Weiblichen in die Mutter- und Säuglingszeit und sonstige sozialpolitische Zwecke zu verwerten. Das Zentrum dagegen fordert: „Die Einnahme aus dem Wehrbeitrag zuzüglich freiwilliger Beiträge ist ausschließlich zur Deckung der Kosten für die Veranlagung der Wehrmacht auf Grund der Vorlage zu verwenden. Wenn nach dem Voranschlag für das Jahr 1913 die Einnahme aus dem Wehrbeitrag die Ausgaben für den Wehrbeitrag bestimmt ist, überflüssig ist, der Wehrbeitrag zur Deckung des letzten Drittels des Wehrbeitrages nach Maßgabe des Reichshaushaltsgesetzes betriebszuführen.“ Die Kommission hatte in der ersten Lesung beschlossen, Ueberflüssiges zur Schuldentilgung zu verwenden. Sekretär Helldorf sprach sich für den Zentrumsantrag aus.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt; der Antrag des Zentrums dagegen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Wehrbeitrages erledigt.

Der badische Großhaushalt für die Landtagswahlen.

Am Sonntag hielten wie gestern schon kurz gemeldet, sowohl die Sozialdemokraten wie die Nationalliberalen und sozialistische außerordentliche Parteitage ab, um das Wahlabkommen zu diskutieren, das von den Vertretern dieser drei Parteien vor einiger Zeit für die Landtagswahlen vorbereitet worden war.

Der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokraten fand am Sonntag und Montag in Freiburg statt. Er war sehr zahlreich besucht. Delegierte wurden 134 gezählt, dazu kamen 16 Landtagsabgeordnete. Der Parteivorstand wurde durch den Genossen Ehrlich vertreten. Außerdem hatten die badischen, hessischen und sozialistischen Organisationsleiter teilgenommen. Heber das Wahlabkommen referierte der Abg. Dr. Frank. Er führte zur Begründung desselben aus: Wir verlangen in der Landespolitik die professionell gemischte und rein weltliche Schule, bei der bestehenden Reform des Fortbildungsschulwesens Uebernahme der Kosten auf den Staat. Weiter fordern wir Trennung der Kirche vom Staat und Ablehnung der 1914 wieder fällig werdenden Verlängerung der Dotation an die Kirchen im Betrage von 6000000 Mk. Die Zulagsfragen müssen nach dem Freibruchverfahren Urteil gegen streikende Arbeiter jetzt eher wie früher im badischen Landtag besprochen werden. Die Ausübung der Wasserkräfte für das ganze Land und durch den Staat hat die Sozialdemokratie schon festsitzend und sie betrifft die Förderung auch ferner mit Nachdruck. Aber auch den Kampf für die Arbeitslosenversicherung, für die Verbesserung der Fabrikspektionen hat die Landtagsfraktion stets in den Vordergrund gestellt. Wir sind keine großherzoglich badischen Sozialdemokraten und wollen es auch nicht sein. Aber um obige Forderungen durchzuführen zu können, müssen die unter allen Umständen eine Majorität des Zentrums und der Konservativen verbünden, und zwar soll das Wahlabkommen mit den Nationalliberalen und sozialistischen bei den Landtagswahlen dienen. Es ermöglicht dem Zentrumsführer Mader nicht, die Koalition der Linken zu sprengen. Ein Großhaushalt für den ersten Wahltag ist nicht abgeschlossen worden, wir sind also trotz des Wahlabkommens vollständig selbständig gegenüber den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen. Das Wahlabkommen bezieht sich auf die Wahlkreise Lahr-Stadt, Schwetzingen, Wambach-Schwetzingen, Heidelberg-Wiesloch und Heidelberg-Überbach. Hier stellen die Fortschrittlichen und Nationalliberalen getrennt Kandidaten auf, um es dem Zentrum unmöglich zu machen, der Sozialdemokraten dadurch diese Kreise zu nehmen, daß es sofort den liberalen Kandidaten unterwirft. Im zweiten Wahltag muß dann das eigentliche Großhaushalt abgehandelt werden. In der nächsten Wahltag muß nicht in das Wahlabkommen eingetragene, da unsere präventive Einmischung für solche Ansprüche zu gering ist. Es darf eben nicht nur auf die Zahl der Mandate ankommen. Wir müssen auf jeden Fall die Zentrumsmehrheit verhindern.

zunehmende Haltung nicht einigen konnte. Der Antrag des Ministerpräsidenten Bogdanoff, den Vertrag auszusprechen, sei von der Mehrzahl der Minister abgelehnt worden. Wie der Neuen Freien Presse aus Belgrad mitgeteilt wird, lehnt namentlich der Kriegsminister Stojanovic die Verantwortung für die Politik der Regierung ab und verlangt, daß kategorische Maßnahmen gegen Bulgarien ergriffen werden. Insbesondere schlägt er ein Ultimatum an Bulgarien vor. Den Kriegsminister unterstützen noch die Minister Stojanovic und Politovic.

In London hat die Nachricht von der neuerlichen Demission des serbischen Ministerpräsidenten Rafisch seinen guten Eindruck gemacht; man erblidet hierin ein Symptom für die überaus ernste Lage und versteht die Ansicht, daß man jetzt vor einer der wichtigsten Entscheidungen stehe, die je auf dem Balkan gefallen sind. — In den Kreisen der Wiener Balkandiplomatie herrscht die Ansicht vor, daß die europäischen Großmächte einen Druck auf die Balkanstaaten ausüben werden. Wie der Neuen Freien Presse aus London gemeldet wird, ist Bulgarien seit Entschloßen, die Lösung der Krise zu beschleunigen. — Die bulgarischen Truppentransporte in Mazedonien dauern fort. Die Serben ziehen sich hinter besetzte Stellungen am Warbassfluß zurück.

Sofia, 24. Juni. Mit jetzt zur Demission des serbischen Ministerpräsidenten, die sich anscheinend auf eine Verschiebung der Entscheidung hin. Serbien müsse so gleich zwischen der Anerkennung des Vertrages oder dem Kriege wählen, denn heute seien nicht mehr Tage, sondern Stunden lösbar.

Russische Vermittlungsversuche.

Sofia, 24. Juni. Der russische Gesandte wurde gestern vom König in Audienz empfangen. Der Gesandte habe dringend geraten, die bulgarische Regierung möge noch einige Tage warten, weil Aussicht vorhanden sei, daß Serbien in nächster Zeit die Anerkennung des Vertrages und zur Annahme des Schiedsgerichts auf Grund des Vertrages bewegen würde.

Die Mörder Mahmud Scheffetz zum Tode verurteilt. Konstantinopel, 23. Juni. Die vom Kriegsgericht gefällte Todesurteil ist bisher vom Sultan nicht bestätigt worden. Unter den zum Tode Verurteilten befindet sich auch Damad Salih Pascha. — In einem an den Militär-gouverneur gerichteten Schreiben stellt Prinz Sabah Eddin in Abrede, daß er Beziehungen zu den Mördern Mahmud Scheffetz Paschas gehabt habe. Er gibt jedoch zu, daß diese von ihm Geld verlangt haben.

Aus der Partei.

Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Frauen, 22. Juni 1913.

Im Gewerkschaftsausschusse, dem eigenen Heim der Arbeiter Frauen, wurde am Sonntag nachmittag der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie eröffnet. Vom Vorsitzenden wählte die Landesversammlung die Genossen Lipinski-Leipzig und Schmirch-Frauen.

Nur den Landesvorstand gibt Gen. Cindermann den Bericht über die Parteitätigkeit im letzten Geschäftsjahr. Der Redner bedauert dabei die kleinliche Voreiligkeit, die zeitweise in der Parteipresse sich kundgegeben hat, und die oft sehr persönlich wurde und in Gefährdung des Parteiehrer stand. Zum Schluß dankt der Redner den verehrten Genossen, wobei er insbesondere die Genossen August Kuhn dankt, der nicht nur lange Jahre sächsischer Reichstagsabgeordneter war, sondern auch viele Parteitage Sachdienliches geleistet hat. Die Landesversammlung beschließt einstimmig, der Familie Kuhn die herzlichste Teilnahme auszusprechen.

Den Kassenbericht gibt Gen. Braune, der dabei auf die Organisation, insbesondere auf die Mitgliederbewegung eingeht. In den letzten neun Monaten ist die Zahl der Mitglieder von 149 325 auf 157 913 gestiegen, darunter befinden sich 21 168 Frauen, deren Zahl um 3126 gestiegen ist. Die jährliche Mitgliederzahl hat der 13. Wahlkreis Leipzig-Land, nämlich 33 941. Inner der 23 Wahlkreise weist eine Mitgliederzahl unter 1500 auf. In allen Kreisen ist ein gut funktionierendes Eintauscherwesen in Anwendung. Dies hatte den Erfolg, daß in den neun Monaten bedeutend mehr an Mitgliederbeiträgen vereinnahmt wurden, als im vollen Geschäftsjahr 1911-12. Die Gesamtsumme betrug 725 399,98 Mark. Davon entfielen auf Mitgliedsbeiträge 521 019,70 Mark. Hiervon erhielt der Parteivorstand 110 637,05 Mark, und die vier Bezirksverbände 50 998,50 Mark. Für Gemeinderatswahlen wurden 23 109,46 Mark, und für allgemeine Agitation 169 837 Mark verausgabt.

Die Zunahme der Abonnenten der Parteipresse war nur eine minimale, sie betrug 4480. Die gesamte Parteipresse Sachdienlichkeit hat 219 364 Abonnenten. — Gut abgelesen hat die Partei bei den Stadterordneten und Gemeinderatswahlen; sie brachten in diesem Jahre einen Gewinn von 352 Mandaten. Die Partei zählt gegenwärtig in 82 Städten 305 Stadterordnete und in 569 Landgemeinden 2064 Gemeinderatsmitglieder, außerdem zwei Städte und vier Gemeindefreie.

Die Monatsagitation beginnt mit einer Begrüßungsansprache des Gen. Rosenbücher, der den Parteivorstand vertritt. Gen. Rosenbücher begrüßt die sächsische Partei als die Avantgarde der Arbeiterbewegung und bezeichnet sich dann über die politische Lage, die der Sozialdemokratie außerordentlich günstig sei. Zwar werde die Militärvorlage angenommen werden und es werde auch im nächsten Jahre eine Marinevorlage folgen, aber diese Politik treibe um so rascher zum Bankrot, und die Sozialdemokratie werde dann der Kontinentalerwartung der alten Gesellschaft sein.

Dann trat die Landesversammlung in die Diskussion des Geschäftsberichts und der dazu vorliegenden Anträge ein. Der Antrag auf Anstellung von Beiräten in den ländlichen Orten wurde dem Landesvorstand zur Verächtigung überwiesen. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag an-

genommen, einen Landessekretär angustellen. Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Gen. Rosenbücher, der 95 Delegierte auf dem Parteitag anwesend sind, darunter 13 weibliche. Außerdem sind anwesend: 18 Landtagsabgeordnete, 2 Reichstagsabgeordnete, 1 Vertreter des Parteivorstandes, sowie sämtliche Mitglieder des Landesverbandes und der Bezirkskomitees; insgesamt 186 Anwesende.

Den Bericht der Landtagsfraktion gab Gen. Hlbig aus Bittau. Die Tätigkeit des Landtages sei heute verwickelter als in früheren Jahren, weil jetzt jede der eintägigen Verbindungen, die Konventionen und die Nationalitäten, darum zwingen, an erster Stelle stehen zu können. In dem hochentwickelten Antriebskräfte haben heute eine starke agrarische Politik, bei der Antipathie über die Regierung, beim Jagdgesetz usw. Stellen gab es eine Geseltheit, wo die National-liberalen ihre Grundzüge nicht verleugnet haben, und die Konventionen trüben häufig die Willkürberechnungen im Interesse des Kapitals. Bei der Schulreform habe die Sozialdemokratie keine positiven Erfolge erreichen können, obwohl die bürgerlichen Parteien, ja selbst die Christe, anerkanntem mühen, daß die von uns gestellten Anträge gerecht waren, und geeignet gemein seien, die Gemeinden zu entlasten. Das Verhalten der Reaktionen war zweifellos, die Schule zu einem Wechsellager der herrschenden Klassen zu machen. Unserem Vorgehen ist es zu danken, daß die Wille der Reaktionen, das Koalitionsgesetz zu beschließen, nicht durchgegangen ist. Konventionen und Nationalitäten haben sich einig, daß keine Verbesserung des Arbeiterrechts stattfinden dürfe. Unter Verstreichen ist es gelungen, für die Demokratisierung der gemeinlichen und staatlichen Einrichtungen zu sorgen, weil wir damit der Allgemeinheit dienen. Am Schluß seiner Ausführungen geht Gen. Hlbig auf den Wortwurf ein, der in letzter Zeit in der Presse erhoben wurde, daß es der Fraktion im Landtage an übertragenden Köpfen gefehlt habe. In profanischen Fragen werde man der Fraktion trotz des Fehlens dieser Köpfe wenig Vorwürfe machen können. Der Kampf gegen die Privilegien in der ersten Kammer sei viel notwendiger, als ein fortwährendes Nörgeln an den Männern der Regierung. Die Fraktion glaube, ihre Pflicht getan zu haben zum Wohle der Enterbten. — Die Debatte wurde auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftliches

Die Aussperrung der Fernwärmer im Rößtegebirge. Die Fabrikanten der Berlin-Industrie fühlten sich noch immer nicht berechtigt, die Aussperrung der Fernwärmer aufzuheben, trotzdem der Mehrzahl der Unternehmer das Messer bereits an der Kehle hing. Einige Unternehmer haben versucht, die Arbeiter zur Rückkehr zur Arbeit zu bewegen und sie haben die gewünschte Lohnherabsetzung bewilligt. Dagegen harret der übrige Teil der Industriellen noch auf eine bedeutungsvolle Rückkehr der Fernwärmer. Die Arbeit ruht bei vollem Aufsatze, denn die Arbeiter lehnten es ab, nur bei einigen Fabrikanten die Arbeit aufzunehmen, weil die Möglichkeit besteht, daß diese dann Streikarbeit für die übrigen Betriebe liefern. Einige Industriellen hatten bereits auf die Rückkehr der Arbeiter bestimmt gerechnet und ihre Defen in Betrieb gesetzt. Die Herren hatten sich aber umnützige Ausgaben gemacht und mußten die Bewegung wieder lösen, denn die Arbeit wird nur dann aufgenommen, wenn alle Arbeiter im vollen Umfange wieder angestellt werden.

Da die Industriellen Kaufleute haben und die Arbeiter bisher armagun, ihre Waren bei denjenigen Industriellen zu kaufen, bei dem sie arbeiten, so stehen jetzt auch die Kaufleute völlig still; denn die Arbeiter können es ab, ihre Streikunterstützung zu kaufen zu fragen, von denen sie einer geringeren Lohnforderung wegen ausgesperrt wurden. Der eine Industrielle heißt sogar eine Brauerei. Die Arbeiter wurden gezwungen, ihr Bier aus dieser Brauerei zu nehmen; auch das ist seit der Aussperrung abgelehnt und so leiden die Herren auf zwei Seiten.

Es steht daher zu erwarten, daß die Aussperrung nicht mehr lange anhält, und daß die Herren die verlangte Lohnforderung bewilligen müssen.

Aus der Provinz.

Zorgau. Schwurgericht. Am gestrigen Tage begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kopp die diesjährige zweite Schwurgerichtsperiode. Es wurden zwei Straftaten unterhandelt. Am ersten Tage erließen auf der Anklagebank der Mann der Unterdienungsgehalt vorgeführt 19jährige Schloffer Hermann Weidert aus Gelsenburg wegen Sittlichkeitsverbrechen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der Spruch der Schwürer lautete auf schuldig und wurde der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß wegen der groben Gefährdung der Strafsicherheit und des Zeugnis des Angeklagten auf die angegebene Strafbefreiung sei. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sei abgesehen worden, weil man die Jugend und bisherige Unschuldhaftigkeit des Angeklagten berücksichtigt habe. — In der zweiten Sache wurde gegen den Schneidermeister Friedrich Strieder, gleichfalls aus Gelsenburg, wegen schwerer Urkundenfälschung verhandelt. Der bereits mehrfach darunter wegen Eigenübergehens vorbestrafte Angeklagte geriet einer Angehörigen Witwa gegenüber in Zahlungswirrwarrungen, wodurch es mehrfach zu Forderungen bei ihm kam, weil er einen Wechsel nicht einbringen in der Lage war. Um nun das Einsteilen der Forderungen zu erreichen, richtete er ein Schreiben an das Amtsgericht in Gelsenburg, in dem er angab, daß seine Schuld gegenüber der Witwengeldnerin Anna Ambe abgetragen sei. Die Witwe erwiderte, daß der Wechsel einen Wechsel nicht einbringen, weil er ein Verlangen nach demselben fiktional vorgenommen hatte, indem er aus einer eingezahlten Summe von 5 Mark 15 Mark machte. Er wollte also durch diese Art und Weise dem Amtsgericht etwas vortäuschen. Die Sache kam jedoch rechtzeitig genug ans Tageslicht und konnte der Angeklagte sich durch die Tat eines Vermögensschadens nicht verschaffen. Strieder wurde nun vornehmlich gefänglich, so daß von der Vernehmung seiner Tochter, der einzigen Jungfrau, Abstand genommen werden konnte. In seiner überaus kurzen Anklage-

rede betonte der Staatsanwalt, daß auf eine beratungsfähige Tat Sachthausstraße rede, jedoch als Frauüberhand das nötige Verständnis, sowie die sehr mühselige Lage des Angeklagten Strafmäßigkeit im Betracht kämen. Infolgedessen eine Gefängnisstrafe am Plage sei. Strieders Verteidiger bezeichnete die Tat als einen Rechtsitt eines Geringfügigen, der nur in der größten Not so gehandelt habe und trat ebenfalls für mildernde Umstände ein. Die Geschworenen bejahten nach kurzer Beratung das Schuldig der schweren Urkundenfälschung und des verschuldeten Betruges, billigten dem Angeklagten jedoch mildernde Umstände zu. Darauf beantragte der Staatsanwalt nach einer kurzen Replik vier Monate Gefängnis, wogegen der Verteidiger für eine noch weitere Strafe plädierte. Das Urteil lautete dem Antrage gemäß.

Weißfels. Großfeuer. Heute morgen in der ersten Stunde brannte hier die Pregel von Wolf vollständig nieder. Der Schaden beträgt 190 000 Mark.

Allerlei.

Soldatenvereine Sanktstieherci.

Bei den „Salven“, die zu Ehren des in Cherbourg eingetroffenen französischen Präsidenten Boinarco abgefeuert wurden, hat sich ein schweres Unglück ereignet. Drei Soldaten wurden getötet; vier andere befinden sich in hoffnungslosem Zustande und vier weitere sind weniger schwer verletzt. Der Artillerieleutnant, der die Abteilung befehligte, gibt zu, daß die Kartuschen, die für die folgenden Schüsse bereit lagen, unvorsichtigerweise und im Gegenstand zu der Wertschrift hinter und in die Nähe der Stände gelegt wurden, die feuerten. Die fehlerhafte Zünddrüse eines abgefeuerten Geschosses wurde nach hinten geschleudert, fiel auf die Meterbestimmung und legte sie in Brand, wodurch eine entsetzliche Explosion herbeigeführt wurde.

Massenvergiftungen von Soldaten.

In Canada ist von 1. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 78 etwa 200 Mann an Maffismengen, Erbrechen und Durchfall erkrankt. Das Verhalten aller Erkrankten ist „gutartig“, Lebensgefahr besteht bei keinem von ihnen. Die Ursache der Erkrankungen konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Möglich ist, daß der Mehl, in dem der Kaffee bereitet wurde, schädliche Stoffe angesetzt hatte.

Leipzig, 24. Juni. Die Mehrzahl der erkrankten Soldaten des Infanterieregiments Nr. 78 befindet sich auf dem Wege der Besserung. Gerüchte, daß es sich um eine Scharlachvergiftung handele, da die Soldaten am Sonntagabend Paterisierartoffeln gegessen hätten, sind bis jetzt unbestätigt.

Die Opfer der Bremer Mordtat.

Von den bei der Mordtat in der katholischen Marienstraße in Bremen schwer verletzten Kindern ist inzwischen noch eines seinen Verletzungen erlegen, so daß also bisher vier gestorben sind. Das Befinden des Lebrers Wöllmann gibt immer noch zu schweren Besorgnissen Anlaß, er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Ebenso ist das Befinden der übrigen schwer verletzten Kinder sehr ernst. Nach Mitteilung der Kriminalpolizei hat der Bahnsinnige im ganzen 35 mal in die Kinderstraße hineingeschossen. Ueber die ärztliche Unternehmung im Irrenhause ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Selbstmord eines österreichischen Oberleutnants.

In seinem Bureau im neuen Gebäude des Kriegsministeriums in Wien hat sich der 2. Abteilung des Kriegsministeriums angeheilt gewesene Oberleutnant Johann Lebel erschossen. Er war seit vielen Jahren der 7. Abteilung angeheilt, verheiratet und Vater von sechs Kindern. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist man da schriftliche Aufzeichnungen nicht gefunden worden, wie an offizieller Stelle wiederholt berichtet wird, noch im unklaren. Nach der offiziellen Darstellung litt der Oberleutnant seit längerer Zeit an „Nervenleiden“. In der Bremer Wochenschrift, wo der Selbstmord großes Aufsehen erregt hat, bringt man ihn jedoch mit der Klippe des Oberleutnants Redl in Verbindung, zumal da wiederholt von bevorstehenden neuen pensionierten Entlassungen und Verhaftungen im Anschluß an den Verfall des Oberleutnants Redl die Rede war.

Eisenbahnunglück in der Serzowina.

Der der Station Prenz am Narentalfluß in der Serzowina hat sich Montag ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Dort wurde durch einen Reibsturz das Gleise der Bahn zerstückt. Die Lokomotive des Personenzuges am Rottar fuhr auf den herabgefallenen Gleisen auf und entgleiste. Die an der Unfallsstelle befindliche kleine Brücke wurde abermals und stürzte in die Narenta. Der Dampfwagen des Zuges und zwei Wagen erster und zweiter Klasse wurden mitsinken und fielen ebenfalls in den Fluß. Ein dritter Wagen blieb in der Luft hängen. Der Fahrer des Zuges und der Finanzapparatoren Dr. Suda, ein Vater von acht Kindern, wurden getötet, drei Personen erlitten schwere Verletzungen und mehrere andere wurden leicht verwundet.

Neinles Allerlei. Eine heftige Dynamitexplosion hat sich in der belgisch-kanadischen Sprengstoffabrik in Santein (Belgien) ereignet. Zwei Arbeiter wurden dabei getötet und mehrere schwer verletzt. — Bootsunglück. Auf dem Rhein bei Duisburg kenterten zwei Boote, in denen sich fünf Arbeiter befanden. Vier Arbeiter ertranken, während der fünfte gerettet werden konnte. — Bei einem Großfeuer im Gemeindefriedhof in Leipzig wurden durch Einstürzen einer Mauer vier Feuerbestattungen getötet und viele bestattet. — Als Begleiterscheinung eines Gemittes ereignete sich in Frankfurt (Main) eine Windstöße auf, durch die große Bäume umgeworfen und mehrere hundert Fenster zertrümmert wurden. Von einer Anzahl Häuser wurden die Dächer abgedeckt.

Verantwortlich für Redaktionen: Politische Literatur, Verlagsbuchhandlung Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Sozialdemokratisches Karl Fock, für Lokales und Provinziales Wilhelm Koenen. — Verleger und für die Anzeigenverantwortlich Alfred Jähmig, Schmidt in Halle. — Druck des Verlagsbuchhandlung Paul Hennig (L. G. u. S. G.).

Solche Kinder gebeten werden, deren Erziehung und Besserung durch Heile's Kindermilch geregelt ist. Erhältlich in Apotheken und Drogerien zu Mk. 1.40; 1/2 Liter zu Mk. 0.75; 1/4 Liter zu Mk. 0.37. Preisveränderung auf Wunsch an jede Adresse. Heile's Kindermilch, Berlin W. 57.

Die **biogenen Ammeider** Blusontage dauern fort.

80% Rabatt in Marken. — Leipzigerstrasse 94.

8 Uhr 15 **Walhalla!**
Tymians Letzte **1800**
Jubiläums-Riesen-Programm.
 Nur noch bis Mittwoch die tolle „Walhallaufahrt“.
 Ab Donnerstag das total neue Abschieds-Benefit-
 Programm: „Der 6. Sinn“.
Sonabend: Tymians Benefit!
 Dir. Tymian in 3 Glanzrollen 3!!!
 3 Posen:
 „Der Blitzkellner“ und „Kuriert“
 sowie alle Nummern neu!
 Sonntag 11^h bis 1^h Uhr: „Der 6. Sinn“
 Einzige Matinee für die Tymians-Mitglieder.
 Tageskasse von 10-14, und 4-6 Uhr.

Unsere 1808
Rucksäcke
 sind anerkannt die besten und billigsten.
 Folgende Modelle sind besonders zu empfehlen:
 Modell „Jungdeutschland“ 2⁰⁵
 kräftiger Burschen-Rucksack, mit grosser
 Tasche und Karabinerhaken.
 Modell „Herkules“ 2⁷⁵
 starker Arbeiter-
 Rucksack, mit
 kräft. Lederriemen.
 Modell „Bequem“ 3⁵⁰
 Herren-Rucksack,
 ausgut. Jagdleinen,
 m. extrab. Riemen.
 Modell „Wanderer“ 4⁸⁵
 Touren-Ruck-
 sack, wasser-
 dicht, mit
 breitem Riemen und Karabinerhaken.
 Modell „Tourist“ 5⁵⁰
 Herren-Rucksack,
 aus extra leichtem,
 wasserdicht. Leinen,
 mit 2 grossen Taschen.
 Modell „Cecilie“ 3³⁰
 Damen-Rucksack, aus
 wasserdicht. Jagdlein.
 m. bequem. Stofftrag.
 Kinder-Rucksäcke von 75^{Pr} an.
C. F. Ritter,
 Halle, Leipzigerstr. 90. Mitglied des Rab.-Sp.-Ver.
 Sämtliche Parteischriften empfiehlt
 Volks-Buchhandlung.

Schuhmacher
 Vache- u. Sohlleder-Cropp.
Ausschnitt,
 Gummil-Absätze u. Ecken,
 Schürme, Einlegesohlen,
 Schnürsenkel,
 Bedarfs-Artikel.
 1484 Billigste Preise.
 Sonntags früh nur von
 7^h - 9^h 1/2 Uhr geöffnet.
F. Noah,
 Gr. Klausstr. 7.

Apollo-Theater
 Täglich abends 8^h Uhr:
Film-Memoiren
 a. d. Red. d. Prof. Wilhelm II.
 u. d. Kaiserin. Gemalte.
 Stübchen: 1890. Der erste
 lange, 3aktige Drahtfilm
**„Die Irrfahrten
 des Odysseus“**
 n. d. altgriech. Heldentaten
 Epos von Homer.
 Ferner: Der dumme
Kabaret-Teil,
 u. a.: „Jacky“
 der Menschenaffe.

PASSAGE - THEATER
 Halle (Saale) Lichtspielhaus Leipzigerstr. 88
 Ab Dienstag den 24. Juni 1918
 unsere vortrefflich gelungene Aufnahme des
 diesjährigen **Blumen-Korso.**
 Außerdem das gewöhnliche reguläre Programm mit der
 Hauptattraktion:
Aus Deutschlands Ruhmestagen 1870/71.
 Vaterländisches Kriegsschauspiel in drei Abteilungen,
 Beginn der Vorstellungen präzis 5 Uhr nachmittags.
 Die Direktion.

H. Böhiert's
Roßschlächterei,
 Glauchaerstrasse 75
 (nicht an der Glauchaisch. Kirche)
 38 empfiehlt
Fleisch, Rouladen, Gebäcktes,
Lende, gekochten Schinken
 sowie alle Arten
Wurstwaren
 in bester Güte. D. O.
Böttcher-Waren dauerhaft
 u. billig
 P. Horstbeck, Kleine Ulrich-
 strasse 12 und Dachritzstr. 5.
 Rabatmarken.

Richard Flemming,
 Halle a. S., Schmeerstr. 22
 Singschicht Heilbr. 129
 41
 - Dittichs Anstalt -
 Große Auswahl, billige Preise!
Haus in Dolau,
 gut veranlagt, aus vor-
 züglichen Materialien erbaut,
 Bergstr. 6. Agenten werden.
 1814
 Realakultur v. Hof. Reussmann, Halle.

Bär's 36 Pfg.

Tage

12 Pyram.-Fliegenfänger 36 Pfg.	12 Damenbinden . . . 36 Pfg.	1 Riegel Oranienburger Haushaltseife 36 Pfg. (ca. 600)	1 Zigarrenschrank mit Band 36 Pfg.	1 Kindertragkorb 1801 36 Pfg.
4 Pakete Feilchenpulver 36 Pfg.	4 Rollen Toilettpapier 36 Pfg.	4 Rollen Toilettpapier 36 Pfg.	1 Kleiderleiste gross 36 Pfg.	1 Kinderkorb gebrannt 36 Pfg.
6 Oberlappen gross . . 36 Pfg.	4 Lotaf-Gurken . . . 36 Pfg.	1 Sandwagen gebrannt 36 Pfg.	1 Paneelt Brett . . . 36 Pfg.	1 Feldstuhl . . . 36 Pfg.
1 Salatteller, gross 36 Pfg.	1 Rasier-Garnitur . . 36 Pfg.	1 Gurkenhobel . . . 36 Pfg.	1 Schneidebrett 36 Pfg.	1 Kinderstuhl . . . 36 Pfg.
10 Speiseteller . . . 36 Pfg.	2 Pakete Badesatz . . 36 Pfg.	1 Wasserpumpbank 36 Pfg.	1 Quirl 36 Pfg.	1 Holzschubkarren . 36 Pfg.
1 Salz- od. Mahlmerte 36 Pfg.	1 Emaille-Terrine . . . 36 Pfg.	1 Quirl 36 Pfg.	1 Fleischklopper 36 Pfg.	1 Dose Bohnerwachs 36 Pfg.
1 Butterdose sehr Porz. 36 Pfg.	1 Emaille-Milchkocher 36 Pfg.	1 Füllfederhalter . . 36 Pfg.	1 Damenhandtasche . 36 Pfg.	1 Badematte . . . 36 Pfg.
2 grosse Milchtopfe . . 36 Pfg.	6 Diana-Glasteller . . 36 Pfg.	1 Ring-Marktasche 36 Pfg.	1 Kindertragkorb mit Band 1801 36 Pfg.	1 Sand-Soße-Soda-Garn. 36 Pfg.
1 Nachtopf mit Spruch 36 Pfg.	2 Römer auf hohem Fuss 36 Pfg.	1 Ring-Marktasche 36 Pfg.	1 Kleiderkorb gebrannt 36 Pfg.	4 Alum.-Esslöffel . . 36 Pfg.
1 Naargarnitur 36 Pfg.	5 St. Haushaltseife 36 Pfg.	1 Ring-Marktasche 36 Pfg.	1 Feldstuhl . . . 36 Pfg.	6 Martinstahl-Esslöffel 36 Pfg.
			1 Kinderstuhl . . . 36 Pfg.	1 Salon-Büste 36 Pfg.

Ca. 5000 Stück Holz-Schneidebretter, 2, 3 u. 5 Stück 36 Pfg.

Halle a. d. Saale. Nur kurze Zeit! Rosspatz.

Der grosse holländische Zirkus

(Direktion J. Goudsmit). — Moderne, in allen Teilen der Neuzeit entsprechende Riesen-Wanderschau.
Mittwoch, den 25. Juni, abends 8^h Uhr: **Gala-Prämiere.**
 Das hier nie gesehene Weltstadt-Programm besteht aus den sensationellen Leistungen auf dem Gebiete der Pferd-Dressur, Rudel dressierter Hunde, vorzügliche Circus- und Auguste, staunenswerte Leistungen exotischer Tiere. Die Besämann, Akrobatik, Gymnastik und Equestertrik sind in höchster Vollendung vertreten.
 Einziges Unternehmen Europas, dessen Manège mit einer Riesenbahn verbunden ist.
 Die alle Welt in Staunen setzende Hauptattraktion ist die Aufführung der **Original-Wasserpantomime „Zirkus unter Wasser“** bildet überall das Tagesgespräch.
 Trotz enormer Unkosten billige Eintrittspreise. In den Vorverkaufsstellen der Zigarrengeschäfte Steinbrücker & Jasper, Markt 1, Max Schmal, Grosses Uhrenstrassen, Ecke Grosse Steinstrasse, und Max Thümann, am Riebelplatz, Ecke Magdeburgerstrasse Logen 4.50 Mk., Sperrsitze 1.75 Mk., I. Platz 1.25 Mk., II. Platz 80 Pfg., III. Platz 40 Pfg., Gallerie 40 Pfg. inkl. Billetsteuer, Kinder auf allen Plätzen die Hälfte, nur an der Kasse zu haben. Tages-Zirkuskasse von morgens 10 Uhr an bis nachmittags 3 Uhr für ermässigte Preise geöffnet.
 Täglich abends 8^h Uhr: Vorstellung mit „Zirkus unter Wasser“ 1799

Sonabend nachmittag 4^h Uhr auf allgemeinen Wunsch:
Familien- und Kinder-Vorstellung
 zu vollständig ermässigten Preisen für Schüler und Schülerinnen.
 Abends 8^h Uhr: **Elite-Vorstellung.** In jeder Vorstellung angekröntes Programm und „Zirkus unter Wasser“.

Sonntag, d. 24. Juni **2 grosse Vorstellungen**
 Nachmittags 4 Uhr Fremdenvorstellung, abends 8^h Uhr Gala-Vorstellung. In jeder Vorstellung angekröntes Programm und „Zirkus unter Wasser“.

Zur Tagesordnung des Parteitag

Die Genossin Rosa Luxemburg bemerkt dazu in der L. W. folgendes: Die vom Parteivorstand veröffentlichte Tagesordnung des diesjährigen Parteitages weist eine kaum bezeichnende Lücke auf: die Frage des preussischen Wahlrechtskampfes. Nur eine Erklärung könnte dafür herangezogen werden, nämlich der Hinweis darauf, daß der Kampf um das preussische Wahlrecht zur Kompetenz des preussischen Parteitages gehöre. Doch dieser formalistische Standpunkt läßt, abgesehen davon, daß er ja schon durch die Verhandlungen des Abgeordneter Parteitages desamoriert worden ist, auch noch die Unzulänglichkeit, daß er unserer eignen, wiederholt in der Öffentlichkeit betretenen Auffassung direkt zuwiderlaufen würde. Es waren immer Regierungsvertreter und reaktionäre Parteien, die dem Reichstag die Kompetenz in der Frage des preussischen Wahlrechts bestritten und es als „preussische Angelegenheit“ behandelt wissen wollten. Unsere Vertreter hingegen verfochten immer und mit Glücke den entgegengelegten Standpunkt. Erst jüngst haben wiederholte Vorlesungen unserer Fraktionsredner im Reichstage nach dieser Richtung das freudigste Echo in den Parteitreffen gefunden. Es ist gegenwärtig eine unbestrittene und vor allen Dingen einschneidende Tatsache, daß der Kampf um das preussische Wahlrecht zum Drehpunkt unseres gesamten politischen Lebens geworden ist, zu einem Zentralpunkt, in dem alle Fäden des Klassenkampfes in Deutschland zusammenlaufen. Es müßte demnach eigentlich als selbstverständlich erscheinen, daß unsere leitenden Instanzen der allgemeinen Stimmung und der Situation Rechnung tragen und von vornherein den preussischen Wahlrechtskampf zum Gegenstand der Verhandlungen des Genera Parteitages machen.

Dies aber noch aus besonderen Gründen. Es hat sich gegenwärtig der weitesten Kreise der Partei das Gefühl bemächtigt, daß die Wucht und die Schärfe unserer Aktion im ganzen nicht völlig auf der Höhe der Aufgabe stehen, daß die Art und Weise, wie die Millionienpartei den Provokationen der herrschenden Reaktion auf verschiedenen Gebieten begegnet, nicht ganz den großen Siege bei den Reichstagswahlen und den an ihn geknüpften Erwartungen entspricht. Der diesjährige Parteitag wird allem Anscheine nach nicht bloß die laufenden Geschäfte des Jahres in anderer Weise zu erledigen haben, er wird auch nicht minder können gewissermaßen eine Bilanz der von der Partei in den letzten Jahren angehenden Taktik und die kritische Sichtung der in ihr geäußerten Theorien und Ansichten vorzunehmen. Das Schlagwort von der geüblichen und stillen „Ermutigungsstrategie“, mit dem man die abtötliche Liquidierung der 1910 begonnenen Massenaktion für das preussische Wahlrecht zu beschönigen suchte, das Schlagwort von dem „neuen Liberalismus“, mit dem man nach der Reichstagswahl trügerische Illusionen in bezug auf die Entwicklung der bürgerlichen Parteien weckte, müssen jetzt alle an der Hand des reichen Erfahrungsmaterials der letzten Jahre auf ihren Wert hin geprüft werden. Die Erfahrungen im preussischen Wahlrechtskampf sind aber die wichtigste und reichste Schatzkammer politischer Weisheit für unsere Partei wie für die Wähe des Proletariats im ganzen. Die Schicksale dieses Kampfes stellen geradezu einen Prüfstein für unsere bisherige wie für unsere künftige Taktik dar. Wie die Dinge sozialistisch liegen, ist es für alle Welt klar, daß die deutsche Sozialdemokratie zum einen dem preussischen Wahlrechtskampf die Tüchtigkeit ihrer Waffen, die Brauchbarkeit ihres Organisationsapparates für große politische Aktionen, den Wert ihrer vielgerühmten Disziplin für die Mobilisierung der Massen, mit einem Wort: ihre Fähigkeit zur politischen Offensive erweisen muß. Daß eine ernste Prüfung der im preussischen Wahlrechtskampf angewandten Taktik dringend notwendig geworden ist, beweisen neuerdings auch tatsächliche Neuerwerte in der Art der frankfischen „revolutionären“ Bedriffe, die — unter begeisteter Zustimmung der Vorwärts — offenbar den Stoffball in Baden mit dem Massenretire in Preußen harmonisch verbinden wollen. In diese Begriffsverwirrung des süddeutschen Exportabulismus wie des Zentralorgans hineinzuleuchten und die tieferen weitestgehenden Zusammenhänge des revolutionären Massenkampfes klar herauszuheben, ist die unabwendbare Aufgabe des kommenden Parteitages.

Endlich aber spricht noch eine praktische Rücksicht gewandigt für die gründliche Behandlung der preussischen Wahlrechtsfrage. Der Parteitag wird sich unter diesem Kraken auch mit den wenig erfreulichen Symptomen des Parteizusammenfalls zu befassen haben, die in der jüngsten Session Partei ausfind. Das ungenügende Wachstum der Mitgliederzahl unserer Organisationen im Reiche, wie namentlich der unbefriedigende Stand der Organisation im Zentrum des politischen Lebens, in Berlin — also jukt dort, wo man seit einem Jahrzehnt so ziemlich die ganze Energie und das ganze geistige Leben auf den Ausbau der Organisation gerichtet hat — ferner der schmerzliche Niedgang der Abonnementzahl mancher Blätter, wie der Vorwärts und der Dresdener Volkszeitung, — alles das sind Zeichen, die zu denken geben und an denen auch der Parteitag nicht ohne ernste Prüfung wird vorbeigehen können.

Freilich pflegen derartige Erscheinungen in der Regel Ergebnisse komplizierter und verschiedenartiger Ursachen zu sein, die auseinanderzubehalten und bloßgelegten Aufgabe eingehender Erörterungen sein müßte. Allein, unter anderem gehört unseres Erachtens für eine Kampfpartei, wie die unsere, mit an erster Stelle die Frage: haben wir nicht zu einem bedeutenden Teil selbst die Ursache der Massenverderbtheit? Haben wir nicht deshalb viele im Wahlkampf neu gewonnenen Elemente des Proletariats nicht zu halten verstanden, weil in unseren Organisationen das Leben so schwach pulsiert, weil der Mechanismus, die bürokratische Seite des Organisationsapparats, sich zu sehr ausgewendet hat und die ideale Seite, das Gedankenleben, die geistige Regsamkeit der Mitglieder erbrüdt? Oder anders gefragt: haben wir nicht vielleicht deshalb Tausende von Neugewonnenen nicht dauernd an uns zu fesseln, weitere Überlebende, die uns noch fernsehen, nicht für uns zu gewinnen vermocht, weil wir keine großen Massaktionen vornehmen, weil wir die Massen nicht genügend himmelweit vertheben, weil wir trotz aller Worte in den Wahlkämpfen oder auf dem preussischen Parteitag mit unserer Taktik im großen und ganzen nicht vorwärts kommen?

Es ist zu begreifen, daß sich viele Genossen finden, die mit einem gewissen alle diese Fragen ohne weiteres mit einem glatten Nein zu beantworten magen. Ist es aber notwendig, unsere Organisationen wieder frisches Leben einzuföhren, die Massen zu begeistern, dann wäre es unsere Erachtens geboten, nicht in künstlichen Mitteln oder in rein technischen Griffe, wie z. B. in der Umgestaltung der Westiner Jahreladen allein das Heilmittel zu suchen. In erster Linie wäre es notwendig, in der wichtigsten politischen Aufgabe, die vor uns steht und uns den weiteren Weg verzeihet, eine fröhliche und entschlossene Initiative zu ergreifen. Wenn wir den preussischen Wahlrechtskampf aus der Verfassung, in der er liegt, durch eine freischwebende Parole zu Massaktionen bis zur letzten Konsequenz herausreißen, dann wird neues Leben rasch genug in unsere ganze Organisationsarbeit fließen. Nichts ist so geeignet, unsere Werbestaffel wirklich, die Kleinarbeit des großen Seeres unserer Agitatoren frisch und freudig zu machen, wie ein allgemeiner Kund, den die Partei ihrem Kampf gibt, wenn sie in offener Form mit Entschlossenheit auf einer großen Aktion auszieht. In einer solchen Kampferiode wird auch die Haltung unserer Parteimitglieder etwas von dem zündenden Feuer und dem fähigen Flug verpirken lassen, die allein neue Anhänger scharenweise zu gewinnen und zu fesseln imstande sind.

Eine solche aufreizende und belebende Parole im preussischen Wahlrechtskampf auszugeben, dazu ist der nächste Parteitag berufen. Er würde sich einer unersetzlichen Vermittlung schuldig machen, wenn er dieser Aufgabe aus dem Wege ginge.

Verbandstag der Buchbinder.

Die größte Generalversammlung des Deutschen Buchbinderverbandes wurde in der Woche vom 15. bis 21. Juni im Gewerkschaftshaus in Stuttgart abgehalten. Der gedruckt vorgelegte Geschäftsbericht machte eine längere Besprechungszeit notwendig und die Diskussion ergab, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden war.

Ueber Lohnbewegungen sprach Verbandvorsitzender Alois Berlin. Er betonte eingangs: In der letzten Geschäftsjahre habe der Verband außerordentlich erfolgreich auf diesem Gebiet gearbeitet. Im Jahre 1912 wurde eine sehr große Anzahl der Tarife ablaufen, nämlich insgesamt 31 Tarife für 792 Betriebe für 18.217 Beschäftigten. Es tiehe ein schwerer Kampf bevor, für den man sich rechtzeitig zu rüsten habe. In der Frage des Reichstaxtarifs wie Meider darzutun bin, daß der Verband schon 1911 in Erfurt erklärt habe, kein Gegner des Reichstaxtarifs zu sein. Am Buchbinderkongress seien jedoch jetzt die Verhandlungen für einen Reichstaxtarif nicht vorhanden, es tiehe eine Zentralorganisation der Arbeitgeber, wie sie bei den Buchdruckern bestiehe. Den Drei-Städte-Tarif zu verallgemeinern, sei nicht so leicht; es beständen selbst innerhalb der drei Städte noch Sonderverträge. Wenn die Arbeitgeber einen anderen Währungsreform wollen, dann doch nur, weil sie glauben, daß er für sie günstiger sei. Durch einen ungünstigen Ablauftermin könnten für die Organisation große Schwierigkeiten entstehen; da wäre es doch wichtig, wenn man dem Verlangen der Arbeitgeber auf Verlegung des Ablauftermins ohne weiteres nachgeben würde.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde schließlich folgender Antrag angenommen: In Erwägung, daß der Drei-Städte-Tarif (Westl. Gewerbe, Stuttgart) der Bedeutung der Arbeiterbewegung mehr und mehr über das ganze Reich an Bedeutung gewinnt, beschließt der Verband, daß zur Erneuerung des Tarifs zu den Beratungen Vertreter aus den größeren Orten resp. aus den Bezirken hinzugezogen werden. Welche Orte resp. Bezirke teilnehmen sollen, bestimmt der Verbandsvorstand.

Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde der Antrag Hannover, daß zur Erklärung eines Streiks eine Zweidrittelmehrheit genügen soll.

Ueber die Finanzlage des Verbandes referierte hieauf Kassierer J. H. H. Berlin. Die Entwicklung der Organisation habe eine Steigerung angenommen, die nicht ohne weiteres geklärt ist. Der Zahl der weiblichen Mitglieder habe sich enorm erhöht, sie tie heute schon höher als die der männlichen Mitglieder. So erfreulich die Dramatisierung der weiblichen Arbeitsträfte sei, müsse man diese Entwicklung doch auch mit einem klaren Auge betrachten, da die weiblichen Mitglieder die Finanzkraft des Verbandes sehr stark in Anspruch nehmen werden. Die Zeitung und Organisationsarbeiten nach Möglichkeit in Liebererunterstützung erbracht werden. Dieser würde jedoch für die weiblichen Mitglieder mehr angewendet, als für die männlichen ertritten. Eine Ueberlicht des Verbandes über die finanzielle Leistung und Belastung der einzelnen Verbandsstellen in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1912 sieht folgendes Bild: An der ersten Paragrafenklasse (Vertrag 20 Pf.) beträgt die Mehrerhebung gegenüber der Einnahme an Beiträgen 30,21 Prozent und in der zweiten Klasse (35 Pf.) 4,96 Proz. Bei den Verbandsstellen der männlichen Mitglieder werden Ueberhöhe erzielt, nämlich in der dritten Klasse (50 Pf.) 23,92 Proz. und in der vierten Klasse (Weiten ohne Anwesenheit) 35 Pf.) 1,71 Proz. Der Vorstand schänt sich nur vor, daß die Zugehörigkeit zu der einzelnen Klassen sich nach dem Verdienst richtet. Die weiblichen Mitglieder sollen bei einem Wochenlohn bis zu 12 M. zur ersten Beitragsklasse, über 12 M. Verdienst zur zweiten Klasse gehören. Die männlichen Mitglieder sollen bei einem Wochenlohn bis zu 12 M. der zweiten Klasse angehören, über 12 M. bis zu 24 M. der dritten und bei einem Wochenlohn von über 24 M. der vierten Beitragsklasse. Neben dieser Neuordnung der Beiträge unterbreitet der Vorstand noch eine Reihe anderer Vorschläge, die eine Einigung zwischen den Interessierten zu fördern haben.

In der Debatte wandten sich die ersten Redner gegen die Vorschläge des Vorstandes, besonders gegen die Beschränkung der Unterstützungseinrichtungen.

Die schriftlich vorliegenden Anträge wurden schließlich einer elfköpfigen Kommission überwiehen.

Bei den Bestimmungen des Statuts über Arbeitsnachweise wurde ein Antrag der Kommission angenommen, daß das Umsehen bei vorheriger Erkundigung beim Arbeitsnachweiser nur dann gestattet ist, wenn es nicht durch Ortsstatut ganz untersagt ist. Wo partielle Arbeitsnachweise bestehen, regelt sich die Vermittlung nach den Bestimmungen des diesbezüglichen Reglements.

In den Bestimmungen des Statuts über die Verbandsstatuten liegen eine Reihe Anträge vor. Ihre Beratung ergab folgende Beschlüsse: Alle Anträge zum Verbandsstatut müssen zehn Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingehend werden und sind durch diesen sieben Wochen vorher zu veröffentlichen. In 400 (bisher 300) Mitglieder haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden. Auf jeden Gau mindestens ein

Delegierter entsenden, auch wenn er nicht 400 Mitglieder zählt. Um als gewählt zu gelten, genügt einfache Stimmenmehrheit. Die Bildung von Wahlbezirken ist vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen, und zwar so, daß die Anzahl der im Schluß des 4. Quartals vorhandenen Mitglieder als Grundlage genommen wird.

In namentlicher Abstimmung wurde ein Vorschlag des Vorstandes, fünf Beitragsklassen mit folgenden Sätzen einzuföhren: 1. Klasse 20 Pf., 2. Klasse 30 Pf., 3. Klasse 40 Pf., 4. Klasse 50 Pf., 5. Klasse 80 Pf. — mit allen 45 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. In weiteren Abstimmungen wird mit großer Mehrheit beschlossen, den Beitrag in der 1. Klasse auf 20 Pf. zu belassen. Mit 65 gegen 25 Stimmen wurde jedoch der Vorschlag der Kommission, für die 2. Klasse 40 Pf. festzusetzen, abgelehnt. Damit war jede Beitragserhöhung verworfen.

Die ganze Beitragsfrage wurde schließlich nochmals an die Kommission zurückerwiesen. Erst nach der Kommission vor, fünf Beitragsklassen in folgender Weise einzuföhren: Klasse 1 20 Pf., Klasse 2 25 Pf., Klasse 3 35 Pf., Klasse 4 50 Pf., Klasse 5 80 Pf. Gegenüber den jetzigen Beiträgen bedeutet dies lediglich den Unterschied, daß zwischen der ersten und zweiten Klasse eine 25-Pf.-Klasse eingeschoben wird. Die weiblichen Mitglieder können nur in den drei ersten Klassen feuern. Die Verdiensterliste soll festgelegt werden, für Klasse 1 bis 8 M., Wochenlohn, Klasse 2 bis 12 M., Klasse 3 bis 15 M., Klasse 4 bis 24 M. und Klasse 5 über 24 M.

Diese Vorschläge der Kommission landen schließlich nach weiteren Erörterungen gegen die Stimmen von 40 bis 45. Die Zustimmung des Verbandstages fand eine Vorlage des Vorstandes über die Einführung einer allgemeinen Versicherung der Funktionäre gegen Unfälle bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird Krankenunterstützung, Anwaltsunterstützung, Sterbegeld und Witwenunterstützung gestiftet.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volksfürsorge wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Kassierer Michaelis hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaftsarbeit durch die Genossenschaftsarbeit unterstützt werden sollte, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder der Volksfürsorge durch alleinstehenden Eintritt fördern.

Eine vorgeschlagene Neuordnung (Erhöhung) der Gehälter der Angestellten lehnte der Verbandstag mit 48 gegen 24 Stimmen bei 10 Enthaltungen ab. Der Verbandstag wählte dann eine Kommission von 11 Mitgliedern, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand vor dem nächsten Verbandstag die zum Statut eingehenden Anträge beraten soll.

Der Verbandsvorstand bleibt in Berlin. Die beabsichtigten Verbandsbeamten wurden wiedergewählt. Aufschubvorstehender bleibt der Kassierer Michaelis. Der Kassierer wurde als Mitglied in die Kommission für den nächsten Verbandstag gewählt.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Wreslau, den 21. Juni 1913.

Schöner Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen morgens 8 Uhr. Es wird ein Antrag gestellt, den Teil des Statuts, der bis jetzt noch nicht erledigt ist, im ganzen anzunehmen. Es wird beschlossen, daß die Verhandlungen der Statutenberatungskommission im ganzen über die wichtigsten noch ausstehenden Änderungen gesprochen werden solle. Dies wird durch die Generalversammlung genehmigt.

Die Paragraphen 15 bis 22, die Streit- und Mahregelungsunterstützung, Mediations-, Rechtsanträge an den Verband, persönliche Streitigkeiten, Schiedsgericht, Beendigung der Mitgliedschaft und Ausschluss behandeln, bleiben die alten.

Die Abstimmungen erfolgen ohne Diskussion. Der Paragraph 23 erhält eine Anzahl kleinerer Korrekturen. Die Paragraphen 24 bis 34 bleiben unanändert bis des alten Statutes.

In Paragraph 35 liegt folgender Antrag vor: Die Generalversammlung wird ersucht, an Stelle des heute bestehenden Wahlrechts ein mehr zeitgemäßes Wahlrecht für die Delegiertenwahl setzen zu wollen. Der Bescheid der Kommission lautet dahin, den Antrag dem Vorstande als Material zur Prüfung und eventueller Ausarbeitung einer Vorlage oder Wiederherstellung an die nächste Generalversammlung zu übermitteln. Es wird beschlossen, die Ansicht abzugeben, daß das Wahlrecht zu den Generalversammlungen reformbedürftig ist. Die Kommission konnte jedoch zu einem praktischen Änderungsvorschlag nicht kommen, da ihr zur Ausarbeitung eines solchen alle Grundlagen fehlten.

Die Generalversammlung beschließt, sich den Beschlüssen anzuschließen.

Die Paragraphen 36 bis 38 bleiben unanändert. Der Paragraph 39, der bestimmt, daß das neue Statut am 1. Juli dieses Jahres in Kraft zu treten hat, wird angenommen.

Die Abstimmung über das Gesamtstatut ergibt die Annahme gegen eine Stimme.

Zum internationalen Metallarbeiterkongress in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst.

Es wird beschlossen, auf den internationalen Sozialistenkongress drei Delegierte zu entsenden, gewählt werden Schilde, Stuttgart, Cohen, Berlin und Brande, Wuppertal.

Die Statutenkommission werden gewählt vom Bezirk 1. Semann-Königsberg, 2. Hilbner-Görlitz, 3. Paplowitz-Berlin, 4. Hirtel-Berlin, 5. Striesler-Dammsdorf, 6. Garbe-Mel. 7. Jäder-Düsseldorf, 8. Metz-Frankfurt a. M., 9. Sauer-Karlsruhe, 10. Umrath-Würzburg und Leipzig-Berlin.

Die Beschlüsse werden angenommen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der Einführung der Anwaltsunterstützung beschäftigen soll, werden abgelehnt. Zwei Anträge, die betrafen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der Einführung von Anwaltsunterstützung beschäftigen soll, werden abgelehnt. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Köln gewählt.

Die alle Verbandsleitung wird wiedergewählt. Schilde als erster Vorstehender, Hirtel als zweiter Vorstehender, Brande als Kassierer und Michaelis als Sekretär.

Der Sig des Ausschusses bleibt Frankfurt am Main, die Kommission bleibt die alte.

Die Redaktion bleibt in den Händen von Scherm und Witt.

Die folgende Resolution wird ohne Diskussion angenommen. In Liebererunterstützung mit den von der Generalversammlung in Mannheim beschlossenen Antrag an den Gewerkschaftskongress in Dresden betrachtet die erste ordentliche Generalversammlung das Umlegen der Statuten zur Ausbringung von Mitteln zur Unterstützung von Streiks und Beschlüssen für den besten Ausbau und Ausbau beim Vorstand, daß er in den Vorstandsvorsitzungen der des

